

An den
Oberbürgermeister
Sozialamt - Zentrale Wohnungsfachstelle
Wohnungswesen
Postfach 10 19 53
45466 Mülheim an der Ruhr

(Ort und Datum)

Antrag auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines nach § 18 – Selbstnutzungsgenehmigung nach § 17 Abs. 6 – des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW)

1. Antragsteller/in

Name, Vorname

Geburtsdatum	Familienstand	Datum der Eheschließung	Telefonnummer
Staatsangehörigkeit		Aufenthaltserlaubnis bis (bei ausländischen Mitbürger/innen)	

Derzeitige Anschrift (Straße, Haus Nr., PLZ und Ort)

2. Übrige Haushaltsangehörige

Name, Vorname	Geburtsdatum	Ehegatte/-gattin (1) familienangehörig (2) nicht familien- angehörig (3)	Datum der Aufnahme in den Haushalt
1	2	3	4
2.1			
2.2			
2.3			
2.4			
2.5			
2.6			

- Weitere Personen bitte auf einem gesonderten Beiblatt angeben. -

- Ich bestätige ausdrücklich, dass die unter Nummer/n 2. __ angegebene/n Person/en weder in den vergangenen 12 Monaten eigene Einkünfte hatte/n, noch in den zwölf Monaten ab dem Stichtag haben wird/werden. Für die weitere/n Person(en) ist/sind die notwendige/n Einkommenserklärungen beigelegt.
- Vor Bezug der gewünschten Wohnung werden folgende Angehörige aus meinem/unserem Haushalt ausscheiden: _____
- Im Zeitpunkt des Bezuges der gewünschten Wohnung bzw. in den nächsten 6 Monaten ab Bezug werden außer den in Nr. 2 aufgeführten Angehörigen noch folgende Angehörige zu meinem Haushalt gehören bzw. in meinen Haushalt aufgenommen:

- Diese Person/en hat/haben eigene Einkünfte.
- Ich beantrage, mir über die angemessene Wohnungsgröße hinaus einen Raum gemäß § 18 Abs. 2 WFNG NRW aus folgenden Gründen zuzubilligen:

**3. Einkünfte aller Haushaltsangehörigen aus
(Nachweise – siehe 4. Seite – bitte beifügen!)**

Person Nr.

- | | | | | | |
|-----|---|------------|--------------------------|----------------------------|-------|
| 3.1 | nichtselbständiger Tätigkeit | (Anlage A) | <input type="radio"/> ja | <input type="radio"/> nein | _____ |
| 3.2 | Vermietung und Verpachtung | (Anlage B) | <input type="radio"/> ja | <input type="radio"/> nein | _____ |
| 3.3 | selbständiger Tätigkeit / Gewerbe | (Anlage B) | <input type="radio"/> ja | <input type="radio"/> nein | _____ |
| 3.4 | Land- und Forstwirtschaft | (Anlage B) | <input type="radio"/> ja | <input type="radio"/> nein | _____ |
| 3.5 | Kapitalvermögen | (Anlage B) | <input type="radio"/> ja | <input type="radio"/> nein | _____ |
| 3.6 | sonstige Einkünfte (Rente, Unterhalt, ALG, SGB II und XII o.ä.) | (Anlage B) | <input type="radio"/> ja | <input type="radio"/> nein | _____ |

Zu 3.1 bitte Anlage A ausfüllen (separat für jede/n Einkommensbezieher/in)

Zu 3.2 – 3.6 bitte Anlage B ausfüllen (separat für jede/n Einkommensbezieher/in)

4. Angaben zur Ermittlung von Frei- und Abzugsbeträgen

- nur Angaben machen, wenn zutreffend / **Nachweis bitte beifügen!** -

4.1.- Schwerbehinderung bei einem Grad der Behinderung ab 50 v.H.

- Folgende/r Haushaltsangehörige/r ist schwerbehindert:
 selbst aufgeführt unter Nr. 2.____

4.2.- Pflegebedürftigkeit

- Folgende/r Haushaltsangehörige/r ist **häuslich pflegebedürftig** im Sinne des § 14 SGB XI:
 selbst aufgeführt unter Nr. 2.____

4.3.- Gleichzeitig wurde durch einen amtlichen Bescheid ein Grad der Behinderung von _____ festgestellt. (Sofern nicht bereits unter 4.1 angegeben.)

4.4.- Junge Eheleute

- Die Antragstellenden haben innerhalb der letzten 5 Jahre geheiratet **und** sind jünger als 40 Jahre. Datum der Eheschließung: _____

4.5.- Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen

- Ich/Mein Haushaltsangehörige/r (Ifd. Nr. _____ des Antrages) habe/hat Unterhaltszahlungen zu leisten.
Monatsbeitrag: _____ € - **Nachweis (z. B. Unterhaltstitel, Unterhaltsbescheid) bitte beifügen -**

Liegt eine notariell beurkundete Unterhaltsvereinbarung, ein Unterhaltstitel oder ein Unterhaltsbescheid nicht vor, können zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen folgende Beträge abgesetzt werden:

- bis zu 4000 Euro für einen Haushaltsangehörigen der auswärts untergebracht ist und sich in einer Berufsausbildung befindet.
- bis zu 4000 Euro für eine sonstige nicht zum Haushalt rechnende Person.
- bis zu 8000 Euro für einen nicht zum Haushalt rechnenden früheren oder dauernd getrennt lebende/n Ehegattin/Ehegatte oder Lebenspartnerin/Lebenspartner.

5. Ich beantrage die Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines – einer Selbstnutzungs-genehmigung – für mich und die unter Nr. 2 aufgeführten Angehörigen für die mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnung in

(Bei Beantragung eines allgemeinen Wohnberechtigungsscheins sind die der Punkte 5 und 6 nicht auszufüllen!)

Mülheim an der Ruhr, _____ Nr. ____; Erdgeschoss -
____. Obergeschoss – Dachgeschoss – links – rechts – hinten – vorne – Mitte -Nr. ____
Bisheriger Wohnungsinhaber: _____

6. Name und Anschrift der/des Verfügungsberechtigten: _____

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben als Falschbeurkundung oder Betrug verfolgt und bestraft werden können.

Zu den Angaben habe ich schlüssige Belege, Nachweise oder sonstige Mittel der Glaubhaftmachung beigelegt.

Ich ermächtige das zuständige Finanzamt, Auskunft über meine Einkommensverhältnisse zu erteilen.

Hinweise gem. Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW)

Personenbezogene Daten, d.h. Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse einer bestimmten natürlichen Person, können gem. § 12 (1) DSG NRW erhoben werden. Die Angaben werden aufgrund einer Auskunftspflicht gem. § 14 Abs. 5 und § 25 Abs. 2 WFNG NRW erhoben und dienen zur Sicherung der Zweckbestimmung der Wohnungen nach diesem Gesetz. Das Erheben, Speichern, Verändern und Nutzen dieser Daten ist somit nach §§ 10 ff DSG NRW zulässig. Die Daten dürfen grundsätzlich nur für Zwecke weiterverarbeitet werden, für die sie erhoben worden sind.

(Unterschrift Antragsteller/in)

Mit dem Bezug der gewünschten Wohnung durch die/den Antragsteller/in – und ihren/seinen Angehörigen – bin ich einverstanden.

Gleichzeitig bitte ich die geringfügige Überschreitung der angemessenen Wohnungsgröße zu genehmigen.

Da ich aus dem berechtigten Personenkreis keine/n Bewerber/in finden konnte, die/der bereit war, die aufgeführte Wohnung zu beziehen, bitte ich

- eine Freistellung von dem Vorbehalt zugunsten von Wohnungssuchenden aus dem Personenkreis _____
- eine Freistellung von der angemessenen Wohnungsgröße (siehe hierzu besondere Begründung)

zu genehmigen.

Voraussichtlicher Bezug der Wohnung: _____

(Ort, Datum)

(Unterschrift der/des Verfügungsberechtigten)

Aufstellung der wichtigsten in Betracht kommenden Unterlagen zum Antrag auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins (WBS) – Nachweise bitte beifügen!

- 1. Arbeitnehmer/in:** Vom Arbeitgeber ausgefüllte und unterschriebene Verdienstbescheinigung des vergangenen Kalenderjahres und des laufenden Kalenderjahres bis zum Monat vor der Antragstellung aller im Haushalt lebenden Personen bzw. Nachweis über Lohnersatzleistungen (Krankengeld, Kurzarbeitergeld, Elterngeld usw.).
- 2. Rentner/in:** Die aktuelle Rentenanpassungsmitteilung sowie ggf. aktueller Nachweise über Firmen-, Betriebs- oder Zusatzrente sowie Treuegeld und ggf. Einkommenssteuerbescheid.
- 3. Selbstständige:** Steuerbescheid des letzten Kalenderjahres sowie Gewinn- und Verlustrechnung für das laufende Jahr sowie ggf. Nachweis über die Entrichtung von Beiträgen zur Kranken- und / oder Rentenversicherung.
- 4. Empfänger/in von Transferleistungen:** Aktueller Nachweis über Art und Höhe der Leistungen (z. B. Bescheid Bürgergeld nach dem SGB-II/ Grundsicherungsleistungen nach dem SGBXII, BaföG, BAB, Wohngeld, etc.).
- 5. Arbeitslose:** Einkommensnachweis des vergangenen Kalenderjahres und des laufenden Kalenderjahres vor der Antragstellung (Nachweis über bezogenes Arbeitslosengeld / Unterhaltsgeld / Insolvenzgeld / Übergangsgeld und ggf. der Verdienstbescheinigung für die Zeit vor Eintritt der Arbeitslosigkeit).
- 6. Empfänger/in von Unterhaltsleistungen:** Nachweis über Art und Höhe der Leistung (Unterstützung von Verwandten, Bekannten / Unterhaltsvorschussleistung des Jugendamtes).
- 7. Ausländische Mitbürger/in:** Nachweis über die Gültigkeitsdauer eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung für noch mindestens 1 Jahr ab Antragsstellung.
- 8. Schwangere:** Der Mutterpass.
- 9. Student/in:** Studienbescheinigung, Nachweis über die Entrichtung von Beiträgen zur Kranken- und / oder Rentenversicherung, Unterhaltsleistungen, BAB, BaföG, etc.